

Antrag auf Gewährung einer einmaligen Heizkostenbeihilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) für Heizperiode: _____

Beantragtes Heizmittel:

- Heizöl
 Flüssiggas (Propan)
 Braunkohle
 Steinkohle
 Holz
 Holzpellets/Holzbriketts
 Stroh
 Biodiesel
 Sonstiges

Wurde für den Hilfesuchenden (HS) ein Bevollmächtigter oder Betreuer bestellt?

nein
 ja (wenn ja, bitte Vollmacht oder Betreuerausweis beifügen)

Personalien	Antragsteller	Ehegatte/Lebenspartner
Familienname		
Geburtsname		
Vorname		
Geburtsdatum		
Geburtsort		
Geburtsland		
Telefon		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet, seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden, seit _____ <input type="checkbox"/> getrennt lebend, seit _____ <input type="checkbox"/> verwitwet, seit _____	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet, seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden, seit _____ <input type="checkbox"/> getrennt lebend, seit _____ <input type="checkbox"/> verwitwet, seit _____
Anschrift		
Staatsangehörigkeit:		

weitere im Haushalt lebende Personen

Name	Vorname	Geb.-Datum	Geb.-Ort	Verw. Verhältnis

Angaben zu einer Schwerbehinderung

	Antragsteller	Ehegatte/Lebenspartner
anerkannte körperliche oder geistige Behinderung:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Grad der Behinderung in %:		
Merkmale:	<input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> G <input type="checkbox"/> aG <input type="checkbox"/> Blind <input type="checkbox"/> H <input type="checkbox"/> RF <input type="checkbox"/> 1. KI	<input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> G <input type="checkbox"/> aG <input type="checkbox"/> Blind <input type="checkbox"/> H <input type="checkbox"/> RF <input type="checkbox"/> 1. KI

Einkünfte

	Antragsteller	Ehegatte/Lebenspartner
Lohn/Gehalt	EUR	EUR
Nebenverdienst	EUR	EUR
Krankengeld	EUR	EUR
Arbeitslosengeld	EUR	EUR
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	EUR	EUR
Eingliederungshilfe	EUR	EUR
Unterhaltsgeld	EUR	EUR
Kindergeld	EUR	EUR
sonstige Leistungen	EUR	EUR
Rente	EUR	EUR
Wohngeld / Lastenzuschuss	EUR	EUR

Vermögen/Vermögensabgabe

	Antragsteller	Ehegatte/Lebenspartner
Haus	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Wert: XXXXX EUR Einkünfte:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Wert: XXXXX EUR Einkünfte:
Eigentumswohnung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Wert: XXXXX EUR Einkünfte:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Wert: XXXXX EUR Einkünfte:
Grundstück	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Wert: XXXXX EUR Einkünfte:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Wert: XXXXX EUR Einkünfte:
Sparbuch/Sparvertrag	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Girokonto	IBAN	IBAN
	BIC	BIC
<p>Wurden in den letzten 10 Jahren Vermögenswerte (z. B. Haus- oder Grundbesitz, Barvermögen, Wertpapiere, Vertrag zu Gunsten Dritter usw.) veräußert, übergeben oder verschenkt?</p> <p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (wenn ja, Zeitpunkt, Anlass, Art, Höhe und Empfänger (mit Anschrift):</p>		

Ausgaben für Versicherungen

Freiwillige Krankenversicherung	Name und Nr.	Monatsbeitrag EUR
Freiwillige Rentenversicherung	Name und Nr.	Monatsbeitrag EUR
Sterbeversicherung	Name und Nr.	Monatsbeitrag EUR
Hausratversicherung	Name und Nr.	Monatsbeitrag EUR
Haftpflichtversicherung	Name und Nr.	Monatsbeitrag EUR

Kraftfahrzeug

Name und Anschrift des Halters	<input type="checkbox"/> Antragsteller:	Anschaffungswert EUR
	<input type="checkbox"/> Ehegatte/Lebenspartner: <input type="checkbox"/> andere Haushaltsangehörige:	Zeitwert EUR
Kfz-Kennzeichen:		Baujahr

Krankenversicherung

	Antragsteller	Ehegatte/Lebenspartner
Name und Anschrift der Krankenkasse:		
Versichertennummer		
Art der Krankenversicherung:	<input type="checkbox"/> pflichtversichert <input type="checkbox"/> freiwillig versichert <input type="checkbox"/> familienversichert <input type="checkbox"/> Rentner <input type="checkbox"/> sonstige	<input type="checkbox"/> pflichtversichert <input type="checkbox"/> freiwillig versichert <input type="checkbox"/> familienversichert <input type="checkbox"/> Rentner <input type="checkbox"/> sonstige

Krankenkost-Diät

	Antragsteller	Ehegatte/Lebenspartner
Einhaltung einer Diät erforderlich?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Art der Erkrankung		
Sondennahrung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Wohnkosten/monatliche Miet- und Mietnebenkosten

(hierzu ist bei Mietwohnungen die beigelegte Vermieterbescheinigung ausgefüllt einzureichen, bei Hauseigentum sind alle Kosten (z. B. Wasser, Abwasser, Niederschlagswasser, Grundsteuern, Gebäudeversicherung, Schornsteinfegergebühren, Heizungswartung, Straßenreinigung, Darlehenszinsen ohne Tilgungsraten usw.) durch Nachweise zu belegen)

Warmwasserbereitung erfolgt:	<input type="checkbox"/> zentral über die Heizung <input type="checkbox"/> dezentral z. B. über einen Boiler, Durchlauferhitzer oder eine Therme
Die Gebäudefläche (Gesamtheit aller Wohnflächen) beträgt:	m ²

Erklärung des Hilfesuchenden und seines Ehegatten, bei Minderjährigen des/der Sorgeberechtigten:

Ich versichere, dass alle Angaben in diesem Antrag der Wahrheit entsprechen und keine Angaben verschwiegen wurden. Es ist mir bekannt, dass ich mich durch unwahre oder unvollständige Angaben der Strafverfolgung aussetze und zu Unrecht bezogene Leistungen zurückzahlen muss.

Ich verpflichte mich, jede Änderung der Tatsachen, die für die Hilfestellung maßgebend sind, insbesondere Einkommens-, Familien- und Aufenthaltsverhältnisse (z. B. Krankenhaus- oder Altenheimaufnahme, vorübergehende Abwesenheit von zwei oder mehr Monaten) sofort unaufgefordert mitzuteilen.

Mir ist bekannt, dass Originalkontoauszüge Beweisunterlagen darstellen und ich daher verpflichtet bin, alle Kontoauszüge – auch die bereits vorgelegten – aufzubewahren, um diese dem Fachdienst Soziales des Salzlandkreises für spätere Nachweiszwecke gegebenenfalls erneut vorlegen zu können. Weitere Hinweise enthält das Merkblatt zur Anforderung von Kontoauszügen.

Ich bin damit einverstanden, dass alle persönlichen Daten, die ich im Antrag angegeben habe und die aus den überlassenen Unterlagen ersichtlich sind, an andere Leistungsträger zur Berechnung der Leistungshöhe weitergeleitet werden dürfen. Außerdem dürfen von allen Leistungsträgern alle für die Bewilligung des o. g. Antrages erforderlichen Bescheide und Unterlagen abgefordert werden.

Ort, Datum	Unterschrift Aufnehmender	Unterschrift Antragsteller/ gesetzlicher Vertreter	Unterschrift Ehegatte/Lebenspartner

Merkblatt

Hinweise des Fachdienstes Soziales

Pflichten des Hilfesuchenden bzw. Hilfeempfängers nach dem Sozialgesetzbuch

Wer Sozialhilfe beantragt oder erhält, ist verpflichtet

- sein Einkommen und Vermögen sowie seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes einzusetzen.
- alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, insbesondere
 - Auskünfte über seine wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse zu erteilen.
 - die für die Feststellung des Bedarfs notwendigen Unterlagen vorzulegen, z. B. Bescheide über den Bezug von Renten, Arbeitslosengeld/-hilfe, Wohngeld, Mietverträge, Vermögensnachweise.
 - alle im Haushalt lebenden Personen anzugeben.
 - jede Änderung in den Familien-, Einkommens-, Vermögens- und Aufenthaltsverhältnissen (z. B. Wohnungsänderung und Krankenhausaufenthalt) und in den Verhältnissen der im Haushalt lebenden Angehörigen mitzuteilen. Hierzu gehören auch Angaben über Arbeitsaufnahme, Beantragung von anderen Sozialleistungen, z. B. Renten, Krankengeld, Arbeitslosengeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende u. ä.

Folgen von Pflichtverletzungen:

Wer falsche Angaben macht oder Tatsachen verschweigt, die sich auf den Umfang der Sozialhilfe auswirken, muss die zu Unrecht empfangenen Leistungen erstatten. Außerdem ist dann in der Regel der Tatbestand des Betruges erfüllt (§ 263 Strafgesetzbuch), so dass daneben ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet werden kann.

Auszug aus dem Sozialgesetzbuch I

§ 60 Angaben von Tatsachen

(1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärung abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen.
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

§ 61 Persönliches Erscheinen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers zur mündlichen Erörterung des Antrags oder zur Vornahme anderer für die Entscheidung über die Leistung notwendiger Maßnahmen persönlich erscheinen.

§ 66 Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.
- (2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, anerkannten Schädigungsfolgen oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbstständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch

§ 263 Betrug

- (1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren.
- (4) § 243 Abs. 2 sowie die §§ 247 und 248 a gelten entsprechend.
- (5) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer den Betrug als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat, gewerbsmäßig begeht.
- (6) Das Gericht kann Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1).

Vorstehendes Merkblatt habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum	Unterschrift Aufnehmender	Unterschrift Antragsteller/ gesetzlicher Vertreter	Unterschrift Ehegatte/Lebenspartner
------------	---------------------------	---	-------------------------------------

Bescheinigung des Vermieters

Vermieter	
Name, Firma	Telefon
Anschrift	

Mieter
Vor- und Zuname
Anschrift, Stockwerk, Lage im Stockwerk

1.	Baujahr des Gebäudes _____
	Jahr der erstmaligen Bezugsfertigkeit _____
	Modernisierung/Zeitpunkt _____
	Gesamtwohnfläche des Gebäudes _____ m ²
2.	Die Wohnung wurde vom derzeitigen Mieter bezogen am _____
3.	Die Gesamtwohnfläche des Wohnraums beträgt _____ m ²
	Anzahl der Räume _____
	Ist ein Teil der Gesamtfläche der Wohnung
	a) gewerblich genutzt? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	b) untervermietet überlassen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Ist eine Küche vorhanden? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Ist ein Bad vorhanden? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Ist der Wohnraum möbliert? <input type="checkbox"/> voll <input type="checkbox"/> teilw. <input type="checkbox"/> nein
	Art der Heizung? <input type="checkbox"/> Öl <input type="checkbox"/> Kohle
	<input type="checkbox"/> Erdgas <input type="checkbox"/> Strom
	<input type="checkbox"/> Fernwärme <input type="checkbox"/> Sonstiges
	Wie erfolgt die Warmwasseraufbereitung? <input type="checkbox"/> zentral <input type="checkbox"/> dezentral
4.	Bestehen Mietrückstände ? <input type="checkbox"/> ja, € <input type="checkbox"/> nein
5.	Mietkosten
	gezahlt ab
	in Höhe von €/mtl.
	Gesamtmiete des Wohnraums
	darin sind enthalten:
	monatlich in € je m ²
	a) Nettokaltmiete
	b) Betriebskostenvorauszahlung
	c) Heizkostenvorauszahlung

	d) Untermietzuschläge	<input type="checkbox"/> ja,	€	<input type="checkbox"/> nein
	e) Vergütung für die Überlassung von Möbeln	<input type="checkbox"/> ja,	€	<input type="checkbox"/> nein
	f) Vergütung für Waschmaschinenbenutzung	<input type="checkbox"/> ja,	€	<input type="checkbox"/> nein
	g) Vergütung für Kühlschrankbenutzung	<input type="checkbox"/> ja,	€	<input type="checkbox"/> nein
	h) Garagenkosten oder Stellplatz	<input type="checkbox"/> ja,	€	<input type="checkbox"/> nein
	Sind Kabelgebühren in den Betriebskosten enthalten?	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein
	Sind die Abfallgebühren in den Betriebskosten enthalten?	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein
6.	Falls der Mieter Sach- oder Dienstleistungen für den Vermieter erbringt und deshalb die Miete ermäßigt wird			
	a) die angegebene Miete ist die ermäßigte Miete	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein
	b) die angegebene Miete ermäßigt sich um			€
7.	Steht der Mieter in einem Verwandtschaftsverhältnis zum Vermieter?	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein
8.	Bankverbindung des Vermieters	BIC	_____	
		IBAN	_____	
9.	Wie wird die Miete gezahlt?	<input type="checkbox"/> bar	<input type="checkbox"/> Überweisung	
		<input type="checkbox"/> Scheck	<input type="checkbox"/>	

Es wird versichert, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum	Stempel und Unterschrift des Vermieters

Name, Vorname	Geb.-Datum
Anschrift	

Leistungen nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII)

Der Sozialhilfeantrag ist **vollständig** auszufüllen und die Angaben im Sozialhilfeantrag sind durch **vollständige Nachweise** zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen sämtlicher mit im Haushalt des Antragstellers lebenden Personen zu belegen.

Fehlende Unterlagen/Einzureichende Unterlagen

Allgemeine Unterlagen

- Sozialhilfeantrag
- gültiger Personalausweis/bei ausländischen Staatsangehörigen Reisepass mit gültigem Aufenthaltstitel
- Chipkarte Krankenkasse
- Nachweis der Steuer-ID
- Schwerbehindertenausweis
- Feststellungsbescheid Schwerbehinderung
- Betreuerausweis bzw. Vollmacht
- Beschluss Amtsgericht

Einkommen / Einnahmen

- Arbeitsverdienst (Verdienstbescheinigungen der vergangenen 3 Monate) und Arbeitsvertrag
- Werkstattverdienst (Verdienstbescheinigungen der vergangenen 12 Monate)
- Rente/Pension (Erstbescheid)
- Rente/Pension (aktueller Bescheid)
- ausländische Renten / Pensionen (Bescheid o. ä.)
- Riesterreente (Vertrag, Police, Rückkaufswert)
- private Rente (Vertrag/Police)
- Berufsunfähigkeitsrente (Vertrag/Police)
- Unterhalt/Unterhaltsvorschuss nach UVG
- Kindergeld/Kindergeldzuschlag (Bescheid, Überweisungsträger)
- Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII (Bescheid)
- Elterngeld (Bescheid)
- Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld/Altersübergangsgeld (Bescheid Agentur für Arbeit)
- Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (Bescheid Jobcenter oder Agentur für Arbeit)
- Wohngeld/Lastenzuschuss (Bescheid)
- Mutterschaftsgeld (Bescheinigung der Krankenkasse, Bescheinigung des Arbeitgebers)
- Zinseinnahmen (Bescheinigung der Bank etc.)
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Selbständige

- letzte Einkommenssteuererklärung mit sämtlichen Anlagen
- letzte Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung
- letzte endgültige Einnahmen-Überschussrechnung
- letzten erteilten Einkommenssteuerbescheid
- Anlageverzeichnis bzw. Abschreibungsliste
- vorläufige Gewinnermittlung
- Aufgliederung der jeweiligen Posten der vorläufigen Gewinnermittlung nach Konten
- Gewerbeanmeldung
- Aufstellung Bankverbindungen sowie Kontoauszüge
- Aufstellung und Nachweis über geleistete Einkommenssteuer, geleisteten Solidaritätszuschlag und geleistete Kirchensteuer sowie Steuererstattungen

Vermögensverhältnisse

- Sparguthaben (Sparbücher)
- Girokonto (Kontoauszüge der vergangenen 3 Monate)
- Bausparvertrag/Lebensversicherungen (letzte Kontoauszüge/Policen)
- Forderungen (Verträge)
- Haus- und Grundbesitz (Grundbuchauszug, Kaufvertrag, Einheitswertbescheinigung des Finanzamtes)

Verbindlichkeiten / Belastungen

- Miete / Mietvertrag, letztes Mieterhöhungsschreiben, Untermietbescheinigung bei Untermietverträgen)
- Vermieterbescheinigung
- Nachweis der Mietzahlung der letzten 3 Monate
- Krankenkasse (Bescheinigung der Krankenkasse, bei privater Krankenversicherung–Versicherungspolice)
- Hausrat-/Privathaftpflichtversicherung (Versicherungspolice, aktuelle Beitragsabrechnung)
- Sterbegeldversicherung (Versicherungspolice, letzte Beitragsabrechnung)
- Berufsverbände/Gewerkschaft (Beitragsabrechnung)
- Kredite/sonstige Schulden (Vertrag, Bescheinigung über die Höhe der mtl. Rückzahlungsverpflichtung)
- Fahrtkosten zur Arbeitsstätte (Entfernung Wohnung - Arbeitsstätte, wie wird der Weg zurückgelegt)
- Kraftfahrzeugsteuer/-versicherung (Steuerbescheid, Beitragsabrechnung der Versicherung)
- Hauslasten (Grundsteuer, Abwasser, Wasser, Schornsteinfeger, Gebäudeversicherung, Kredite-/Darlehenszinsen)
- Nachweis der Pflicht zur finanziellen Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten
- Abfallgebührenbescheid
- letzte Betriebskostenabrechnung

Sonstiges

- Geburtsurkunde/Vaterschaftsanerkennung
- Scheidungsurteil/Nachweis über dauerndes Getrenntleben
- freiwillige Weiterversicherung bei der Krankenkasse, von der zuletzt der Krankenversicherungsschutz sichergestellt wurde (**WICHTIGER HINWEIS!** Für die Beantragung einer freiwilligen Mitgliedschaft bei der Krankenkasse bestehen Ausschlussfristen nach der RVO. Der Antrag ist daher unverzüglich zu stellen, anderenfalls besteht bei zu vertretendem Fristversäumnis grundsätzlich ein Rückforderungsanspruch des Fachdienstes Soziales.)
- Schulbescheinigung
- Einstellungsbescheid BAföG/sonstige Ausbildungsförderung
- Betreuungsgutachten
- Pflegegutachten
- ärztliche Bescheinigungen
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____

Hinweis: Alle zutreffenden Unterlagen sind einzureichen!